



JUGEND IN DIE KOMMUNALE VERANTWORTUNG

Beschlußfassung
a.o. Landestag
28. Februar 1998
ZKM
Karlsruhe

Verfolgt man die Geschichte unserer Demokratie bis zu ihren Wurzeln zurück, kann man im Rückgriff auf das Bild der „polis“ in der griechischen Antike, die Kommunalpolitik berechtigterweise als Wiege unserer modernen Demokratie bezeichnen. Demokratie als ein auf Freiheit und Verantwortung ausgerichteter Entwurf gesellschaftlicher Organisation spielt sich vor allem dort ab, wo sie die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betrifft und in die Gestaltung ihrer persönlichen Lebenswirklichkeit greifbaren Einfluß nimmt. Demokratie wird in diesem Sinne zurecht von der Basis aus, von der kleinen zur großen Einheit hin definiert und nicht umgekehrt. Subsidiarität und Solidarität sind Eckpfeiler unseres modernen Staatswesens und müssen als solche stets Maßstab für die Entscheidungen auf allen politischen Ebenen sein.

Aus diesem Demokratieverständnis leitet die Junge Union Baden-Württemberg eine politische Verantwortung für die Kommunalpolitik und ihre Anliegen ab. Kommunalpolitische Interessen verdienen insbesondere im Rahmen der vertikalen Verteilungskämpfe stärkeres Gewicht.

Die Junge Union sieht in der Kommunalpolitik eine große Chance zur aktiven Beteiligung der jungen Generation am politischen Prozeß. Wir brauchen insgesamt mehr junge Menschen, die sich um ein kommunales Mandat bewerben und ja sagen zur Übernahme von Verantwortung für die Mitglieder ihres Orts- oder Stadtteils, ihrer Stadt oder Gemeinde, ihres Landkreises und ihrer Region. Kommunalpolitische Mandate zählen zu den wertvollsten Ehrenämtern in der Gesellschaft. Dies muß in der öffentlichen Diskussion wieder stärker herausgestellt werden.

Bei den Kommunalwahlen 1999 strebt die Junge Union Baden-Württemberg landesweit mindestens 500 Mandate in Ortschafts-, Gemeinde-, Kreis- und Regionalversammlungen an. Je nach Situation vor Ort sind dabei sowohl JU-Kandidaten auf Listen der CDU, als auch auf eigenständigen „Jungen Listen“ zu begrüßen. Die Zeiten, in denen Mitvierziger die jüngsten Mitglieder in CDU-Gemeinderatsfraktionen darstellen, müssen vorbei sein.

Kommunalpolitik ist Gemeinschaftspolitik und als solche immer auf die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinschaft vor Ort ausgerichtet. Sie ist insoweit stets speziell, ohne sich jedoch übergreifend gültigen Maximen und grundlegenden konzeptionellen Vorstellungen zu entziehen. Mit den folgenden Thesen will die Junge Union Baden-Württemberg diesen gemeinsamen programmatischen Rahmen für die Kommunalpolitik mit Blick auf die Kommunalwahlen 1999 abstecken. Dabei fordern wir Landesregierung und Fraktion auf, bei der Terminierung der Kommunalwahlen eine Zusammenlegung mit der Europawahl vorzunehmen.

- Die JU setzt sich für die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements vor Ort ein. Die Gleichgültigkeit derer, die für die Gesellschaft mehr leisten könnten und die Scheu derjenigen, die auf die Entgegennahme von Hilfen angewiesen wären, muß überwunden werden. In der „aktiven Bürgergesellschaft - vom Nächsten für den

Nächsten“ liegt eine der zentralen Antworten auf die sozialen Herausforderungen der Zukunft. Ehrenamtliches Engagement ist dazu auf kommunaler Ebene, wo immer möglich, strukturell und ideell zu unterstützen. Für junge Menschen, die sich für andere Menschen ehrenamtlich einsetzen, wird die JU Baden-Württemberg deshalb zukünftig landesweit Auszeichnungen vergeben.

- Die JU setzt sich für ein familienfreundliches Klima in den Kommunen ein. Infrastrukturmaßnahmen wie Kinderspiel- und Bolzplätze in Wohngebieten, wohnortnahe Kindergärten und -horte, stadtteilbezogene Seniorenwohn- und -pflegeheime müssen durch einen Wandel in den Köpfen der Bürger hin zu mehr Verständnis und Miteinander der Generationen ergänzt werden. Diesem Anliegen muß die Gemeinde bereits bei der Flächenplanung, insbesondere bei der Ausweisung der Baugebiete, Rechnung tragen. Die JU setzt sich dafür ein, Schulhäuser, Jugendhäuser und Altenheime zu öffnen für die Begegnung zwischen den Generationen. In den Gemeinden und Stadtteilen brauchen wir Gemeinschaftshäuser, in denen Platz für Jung und Alt ist, in den Schulen muß auch nachmittags und samstags Raum sein für Schulsozialarbeit, für Vereine, für Beratungsmöglichkeiten - für Angebote nach außen.
- Die JU setzt sich dafür ein, daß alle Möglichkeiten für die Durchführung von Programmen wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ vor Ort ausgeschöpft werden, damit unsere Kommunen unter der Last der Sozialhilfe nicht ersticken. Das Bundessozialhilfegesetz muß in der Weise ausgeschöpft werden, daß Leistungsempfänger verstärkt zu kommunalen Dienstleistungen herangezogen werden. Arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern, die eine zumutbare Arbeit ablehnen, muß zukünftig noch konsequenter der Anspruch auf Sozialhilfe um mindestens 25% des Regelsatzes gestrichen werden. Alle Sozialhilfeempfänger müssen sich zukünftig einem Gespräch mit speziell geschulten Mitarbeitern des Sozialamtes im Rahmen des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ mit dem Ziel der Ergreifung von Maßnahmen (u.a. gemeinnützige Arbeit) zur Reeingliederung in den Arbeitsmarkt unterziehen. Diese Gespräche sind in regelmäßigen Abständen zu wiederholen und mit konsequenten Maßnahmen bis hin zur Zuwendungskürzung zu begleichen. Von diesen Maßnahmen auszunehmen sind aufgrund ihrer Erziehungstätigkeit ausschließlich Alleinerziehende und Mütter mit kleinen Kindern.
- Die JU setzt sich für Angebote der offenen Jugendarbeit ein. Die offene Jugendarbeit darf keinesfalls in Konkurrenz zu jugendgerechten Angeboten der Vereine treten, sondern soll diese nur ergänzen. Die Vereine sollten darüberhinaus in neuen, trendbezogenen und flexiblen Kurskonzepten eine zukunftsorientierte Chance für die Vereinsarbeit erkennen.
- Die JU setzt sich für die Einführung von Jugendgemeinderäten ein. Voraussetzung dafür müssen der selbständige Wunsch und die Eigeninitiative von Jugendlichen vor Ort sein. Jugendgemeinderäten sollte von den Kommunen in der Hauptsatzung neben dem Rede- und Antragsrecht bei Gemeinderatssitzungen ein angemessenes, eigenes Budget zugewiesen werden, wobei Zuwendungen an die Jugendgemeinderatsmitglieder nicht vorgesehen sind.

- Die JU setzt sich für eine kommunale Umweltpolitik mit dem Ziel, die Kommunen als Teil eines auf nachhaltiges Wirtschaften ausgerichteten Systems zu etablieren. Der Vorrang für energiesparendes Bauen muß darin ebenso integraler Bestandteil wie die Förderung von dezentraler Energieerzeugung sein. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen soll zukünftig darauf geachtet werden, daß den Bauwilligen die Möglichkeit der Nutzung der Sonnenenergie möglich bzw. erhalten bleibt. Der Landverbrauch und die weitere Versiegelung müssen deutlich reduziert werden. Die Schließung innerörtlicher Baulücken hat deshalb Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete.
Wasser ist ein knappes Gut. Die Kommunen Baden-Württembergs dürfen sich nicht noch stärker auf die zentrale Wasserversorgung stützen. Die kommunalen Brunnen sind zu schützen und zu erhalten.
- Die JU setzt sich für den weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere in ländlich strukturierten Gebieten ein. Dieser soll insbesondere mit dem Ziel einer größeren Vernetzung gesamter Regionen unter verstärkter Einführung von Verkehrsverbänden erfolgen. Hierbei ist bei der Vergabe von Landeszuschüssen besonders auf die Förderung entsprechender Projekte im ländlich strukturierten Raum zu achten.
- Die JU spricht sich für die Beibehaltung bzw. Einführung von Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kindergärten und Senioreneinrichtungen sowie vergleichbaren kommunalen Brennpunkten aus. Demgegenüber muß in der Kommune insgesamt, besonders auf Durchgangsstraßen, ein zügiger Verkehrsfluß gewährleistet sein.
- Die JU setzt sich dafür ein, Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung auch als kommunale Aufgabe zu betrachten. Dabei sollen die Verantwortungsträger wie Vertreter des Jugendamtes, des Handels und Gewerbes, der Schulen und Vereine, der Stadtverwaltung und der Polizei mit den betroffenen Jugendlichen an einem „Runden Tisch“ in Form von Stadtteil-, Präventions- oder Sicherheitsräten zusammenkommen und praktische Lösungen (stadtplanerisch, Freizeitangebote etc.) unter Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte erarbeiten.
Eine wichtige Rolle spricht hierbei auch der verstärkte Einsatz sogenannter Schulsozialarbeiter an solchen Schulen, an denen verstärkt soziale Probleme auftreten. Hiermit einhergehen muß eine größtmögliche Zusammenarbeit mit vor Ort vorhandenen Streetworkern.
- Die JU spricht sich für eine Stärkung der Innenstädte als Räume mit ökonomischer und sozialer Bedeutung aus. Die Kommunalpolitik soll gemeinsam mit den Bürgern und Kaufleuten der Innenstädte für eine attraktive Gestaltung dieser Bereiche sorgen, z.B. durch eine gute Verkehrsanbindung und die Schaffung von Parkmöglichkeiten, die moderne Gestaltung von Fußgängerzonen, die Schaffung ansprechenden und bezahlbaren Wohnraums usw. Die Genehmigung und Ansiedlung von Märkten und Einkaufszentren auf der grünen Wiese ist entsprechend restriktiv zu behandeln.

- Die JU setzt sich dafür ein, daß die kommunale Strukturpolitik vor allem an der Förderung des Mittelstandes ausgerichtet wird. Investitionsanreize über die Bereitstellung günstigen Gewerbegrundbesitzes, die Bereitstellung von Risikokapital durch Wirtschaft und Banken, die Beschleunigung von Genehmigungen oder diesbezügliche verkehrspolitische Entscheidungen müssen hierzu Vorrang erhalten. Gründungszentren für Jungunternehmer mit günstigen Infrastruktureinrichtungen sollten - wo sinnvoll - realisiert werden. Die Verkehrsanbindung sollte neben der Straßenanbindung auch durch eine engere Vernetzung und höhere Frequenz des öffentlichen Nahverkehrs - insbesondere im ländlichen Raum - verbessert werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Ansiedlung derartiger Projekte insbesondere in solchen Bereichen, in denen bislang eine wirtschaftliche Monostruktur vorhanden ist. Als Beispiel kann hier die Textilindustrie auf der Schwäbischen Alb dienen.
- Die JU setzt sich für eine Entflechtung der finanziellen Belastungen zwischen der EU, dem Bund, den Ländern und den Kommunen ein. Mischfinanzierungen sind auf das zum Erfüllen ihrer Aufgabe der ordnungspolitischen Ausgleichsfunktion unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Kommunen sind so am Steueraufkommen zu beteiligen, daß auf Steuer- und Abgabewildwuchs auf kommunaler Ebene verzichtet wird. Die JU soll sich dafür einsetzen, daß zur Sicherung der Finanzkraft der Gemeinden in Zukunft auf Investitionszuschüssen, Annahme bei Pflichtaufgaben wie z.B. Schulhausbauten, verzichtet wird. Statt dessen werden diese Investitionszuschüsse als Pauschalen gewährt.
- Die JU setzt sich dafür ein, daß Zuweisungen neuer Aufgaben an die Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen nur bei voller Kompensation der entstehenden Kosten erfolgen. Insgesamt ist das Ziel der JU, eine umfassende Verwaltungsreform mit einem größtmöglichen Abbau von Aufgaben auf allen Ebenen durchzuführen.
- Die JU setzt sich für die Einführung von Globalhaushalten und dezentraler Ressourcenverantwortung in der Leistungsverwaltung ein. Die herkömmliche Kammerristik muß durch ein der Wirtschaft vergleichbares Kosten-Controlling ersetzt werden, um alle Prozesse in der kommunalen Verwaltung transparent und kosteneffizient gestalten zu können.
- Die JU setzt sich dafür ein, daß kommunale Verwaltungen zu Dienstleistungsunternehmen für die Bürger umgebaut werden, hierzu gehören unter anderem bürgerfreundliche Öffnungszeiten - dabei kann auch Samstagsarbeit kein Tabu sein. Mittelfristig soll allen Kommunen ein Zugang zum Internet sowie eine Präsenz auf einem Server ermöglicht werden, um eine Erreichbarkeit für den Bürger rund um die Uhr zu gewährleisten.
- Die JU setzt sich für eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit ein. Zukunftsgerichtete Kommunalpolitik erfordert, über lokale Gemeindegrenzen

hinauszudenken und immer mehr in raumgreifenden regionalen Kooperationen Lösungspotentiale für die eigenen Probleme zu suchen.

- Die JU setzt sich für eine lebendige kommunale Kulturpolitik ein. Ziel muß die Entwicklung des kulturellen Selbstbewußtseins auf kommunaler Ebene sein. Dabei muß die Einbeziehung ausländischer Mitbürger mit dem Ziel der Begegnung unterschiedlicher Kulturen zum integralen Bestandteil werden.
- Die JU setzt sich für eine angemessene Vertretung von ausländischen Mitbürgern aus EU-Staaten auf den Listen der CDU ein. Insbesondere unter jungen Ausländern wird die JU für Kandidaturen und kommunalpolitisches Engagement werben. Integration bedeutet in der Konsequenz Teilhabe am Entscheidungsprozeß. Die Kommunalwahlen 1999 sind als solche eine Chance, diese zu leben.

Herausgeber:



Junge Union
Baden-Württemberg

Hasenbergstr. 49b
70176 Stuttgart
Telefon 0711/66904-53
Telefax 0711/66904-45

jubawue@junge-union.de
www.junge-union.de/jubawue